# Offenes Blatt

Informationen und Meinungen aus dem Kreisverband DIE LINKE. Schwerin
Oktober 2015

# Aus Liebe zu M-V




Pünktlich ein Jahr vor der Landtagswahl eröffnete DIE LINKE. Mecklenburg-Vorpommern den Wahlkampf: Unter dem Motto „Aus Liebe zu M-V“ werden wir für unsere Angebote werben. Die Landesvorsitzende, Heidrun Bluhm, schlug in ihrer Rede vor, dass Helmut Holter, der Vorsitzende der Landtagsfraktion, Spitzenkandidat der LINKEN in Mecklenburg-Vorpommern werden soll. Dies wurde von den Anwesenden mit großem Beifall quittiert. Nach einer bewegenden Rede Helmut Holters zu den Schwerpunktthemen des Wahlkampfes, stimmte der erste linke Ministerpräsident, Bodo Ramelow, die über 200 Gäste in der Rostocker Stadthalle auf den kommenden Wahlkampf ein.

## Schwerin für alle




Das Bündnis „Schwerin für Alle“ hat am 19.September mit vielen Menschen gezeigt, dass Hass, Ausgrenzung und Rassismus in der Landeshauptstadt nicht erwünscht sind.




Hetze und Rassismus lehnen wir ab. Weitere Demonstrationen sind für die nächste Zeit angemeldet. Alle aktuellen Informationen dazu wie immer in der Geschäftsstelle.

# Griechenland und die Völkerwanderung




Zwei Ereignisse sind es, die mich persönlich derzeit bewegen. Natürlich die Flüchtlingswanderung die wir gegenwärtig erleben. Mein größtes Problem in der dazugehörigen Debatte ist das Wörtchen „aber“. Und wir alle kennen das: „Ich habe nichts gegen Ausländer, aber ...“ Alles Nazis, die so etwas sagen? Bestimmt nicht, sie sind es jedoch, die die Mitläufer dieser gefährlichen Ideologie bilden. Sie sind es, die dieser Ideologie den Boden bieten. Sie sind es, die immer mehr in der so genannten Mitte der Gesellschaft beheimatet sind. Der latente Rassismus der letzten Jahre kommt immer mehr an die Oberfläche und er ist gesellschaftsfähig geworden.

Zu einer linken Wertung gehören aus meiner Sicht drei Fakten.

Erstens, hier in Europa kommt nur ein Bruchteil der Menschen an, die weltweit auf der Flucht sind. Es sind Ende 2014 60 Millionen gewesen, davon über die Hälfte Kinder. 2/3 der Flüchtlinge fliehen innerhalb ihres eigenen Landes. Allein Libanon hat bis Mitte 2014 1,1 Millionen syrische Bürgerkriegsflüchtlinge aufgenommen. Insgesamt wird die Zahl der Flüchtlinge in diesem Jahr weltweit um ca. 10 Millionen Menschen steigen. Wir werden Zeuge einer historischen Völkerwanderung.

Zweitens ist aus meiner Sicht die Bundesrepublik nicht Lösung für die Flüchtlingswanderung, sondern deren Ursache. Deutsche Waffen wurden in die Kriegsgebiete geschickt. Im Übrigen nicht selten an beide Seiten. Die Rüstungsindustrie hat daran verdient. Und den Menschen bleibt nichts anderes als die Flucht vor dem Krieg und politischer bzw. religiöser Verfolgung. Die Bekämpfung der Fluchtursachen muss also Priorität haben.

Drittens gehört zu einem geeinigten Europa mehr als eine gemeinsame Währung und freie Handlungsmöglichkeiten für das Großkapital und die Finanzmärkte. Es muss eine Angleichung sozialer Standards her, was auch die gleichmäßige Verteilung von Flüchtlingen auf die Mitgliedsstaaten einschließt. Um es nicht zu vergessen, die Grenzen nach Belieben auf und zu zumachen sollte in einem geeinten Europa auch der Vergangenheit angehören.

Wenn man sich dem Thema so nähert, hat man eine linke Position, die an sich nichts weiter als Humanismus ist. Da zweifel ich dann an unserer Gesellschaft, wenn blanker Humanismus reicht, um Links zu sein.

Jedoch dieser Humanismus verpflichtet uns auch zu einer Integration dieser Menschen in unsere Gesellschaft. Das ist eine Aufgabe von historischer Tragweite. Wohnungen, Kitaplätze, Schulen und Berufsausbildungen müssen organisiert werden.Da geht es nicht nur um Geld. Eine Kita entsteht nicht über Nacht, genau so wenig wie Sozialwohnungen über Nacht entstehen. Hier rächt sich, dass die Bundesregierungen im Interesse einer schwarzen Null im Haushalt nur gespart und damit Infrastruktur vernachlässigt sowie Sozialleistungen gekürzt hat. Genau da sind wir aber an einem Punkt angekommen, der in der gegenwärtigen öffentlichen Debatte so heiß diskutiert wird. Für die Flüchtlinge ist Geld da und wir müssen von Hartz IV leben. Abgesehen davon, dass kein Flüchtling mehr als Hartz IV erhält, bekommen wir hier die Quittung für eine unsoziale Regierungspolitik.

Die Menschen sind nach Deutschland geflohen. Das geschah und geschieht nicht aus Langerweile. Ursache ist der Schutz des eigenen Lebens und das ist das Recht eines jeden Menschen. Wir stehen als Land vor einer historischen Aufgabe. Die Integration dieser Menschen wird uns helfen, Probleme in unserem Land zu lösen. Deutlich vorangestellt dabei das Problem des Fachkräftemangels. Viel zu wenig junge Menschen gibt es in der Republik. Unser Leben wird bunter werden, denn eine kulturelle Bereicherung wird es auf jeden Fall sein. Die Flüchtlinge, denen wir hier Asyl geben, werden nicht wieder gehen. Damit bleibt uns gar keine Alternative als diesen Zuzug von Menschen als Chance zu begreifen und positiv zu gestalten.

Und zum Schluss eine Anmerkung: In Schwerin werden in diesem Jahr 1.000 Flüchtlinge erwartet bei einer Einwohnerzahl von ca. 93.000. Jetzt stelle ich mir eine Gaststätte mit einhundert Plätzen vor, davon sind 93 belegt. Da kommt der 94. Gast rein und die Leute haben Angst, dass jetzt das Bier nicht mehr reicht. Klingt das sinnvoll?

Für das zweite Ereignis habe ich jetzt kaum noch Platz. Griechenland wird immer wieder auch im Zusammenhang mit der Einwanderung von Flüchtlingen genannt. Europäisch gesehen hat dort die letzte Wahl eine große Bedeutung. Alexis Tsipras konnte mit Zyriza die Wahlen erneut gewinnen. Warum, wird heiß diskutiert. Immerhin sah er sich zum Schluss gezwungen, einem Vertrag zuzustimmen, den er inhaltlich ablehnte. Aber er war nicht bereit, den Grexit zu riskieren und in den Verhandlungen hatte er zudem zumindest den Stolz des griechischen Volkes deutlich gemacht. Die europäische LINKE hat damit weiterhin eine Stimme im Ministerrat der EU und in anderen Gremien der EU. Die europäische LINKE ihrerseits steht in der Pflicht, dies als Chance zu begreifen. Uns nutzen die rückwärts gewandte Debatten nichts. Ein Europa ist entstanden und wir haben schon damals als PDS gesagt: „Euro so nicht!“ Es ist nicht unser Eu-ropa, aber wir sollten daran gehen, daraus unser Europa zu bauen. Europa ist da und es steht nicht die Frage nach dem ob, sondern nach dem wie. Grexit oder Austritt aus der EU sind für die Mehrheit der Menschen keine Lösung, das macht das Wahlergebnis in Griechenland deutlich. Die Syriza-Abspaltung „Volkseinheit“, die angesichts der Verhandlungspositionen der EU den Grexit favorisierte, schaffte nicht die Drei-Prozent-Hürde. Das stellt nicht die Legitimität dieser Position in Frage. Die Menschen aber wollen nach vorne und nicht zurück. Das Europa muss links werden und die Linke sollte dies akzeptieren und Europa als Chance begreifen. Das ist aus meiner Sicht die wichtige Lehre aus der letzten Wahl in Griechenland.

In diesem Sinne
mit solidarischen Grüßen

Peter Brill




Es gibt kein aktuelleres Thema als die Flüchtlingsfrage in Mecklenburg-Vorpommern, in Deutschland und Europa. Unser Dank gilt allen, die sich ehrenamtlich und hauptamtlich engagieren, um denen, die zu uns kommen, eine Willkommenskultur zu bereiten und ihnen ein Dach über dem Kopf zu bieten und sie zu versorgen. Das sind die Ehrenamtlichen, das sind die hauptamtlich Beschäftigten, die die Unterkünfte schaffen, die die Betreuung übernehmen, die die Bewachung übernehmen und die vielen in der Verwaltung, die wirklich bis an die Leistungsgrenze tätig sind.

Der Zustrom der Flüchtlinge ist ungebremst und für mich gibt es keinen Unterschied, ob jemand wegen Krieg, Verfolgung, Gewalt, Vergewaltigung oder wegen Hunger nach Deutschland kommt.

Alle brauchen die Unterstützung, und alle haben ein Recht, ihren Asylantrag hier in Deutschland zu stellen. Die Aufforderung „Macht euch gar nicht erst auf den Weg, weil es keine Chance auf Asyl gibt!“ halte ich für inhuman und für falsch. Für notwendig halten wir die Hilfe durch die ganze Welt: durch die USA, durch die Golfstaaten, durch die EU. Und ich finde es beschämend, wie es in der Europäischen Union abgeht. Wie auf einem Basar wird darüber gesprochen, wer wie viele Flüchtlinge aufnimmt. Ich bin der Überzeugung, alle Mitgliedsstaaten der Europäischen Union haben eine Verantwortung, Flüchtlinge aufzunehmen. Verantwortung übernehmen für Flüchtlinge und für die, die Schutz in Deutschland und Europa suchen, heißt erstens, die Fluchtursachen bekämpfen. Zweitens geht es darum, dass die Waffenexporte nun endlich eingestellt werden, denn sie sind eine Ursache dafür, dass Kriege stattfinden. Drittens, werden keine Zäune und keine Mauern helfen. Die Menschen werden Wege finden, um nach Deutschland und nach Europa zu kommen. Viertens muss Aufbauhilfe geleistet werden und es muss den Menschen vor Ort in ihrer Heimat eine Perspektive eröffnet werden.

Das sind Forderungen, die ich jetzt auch aus der CSU, von Entwicklungsministern und von anderen höre, das hilft aber heute dem Flüchtenden überhaupt nicht, das ist eine Aufgabe, die in der Perspektive anzupacken ist.

**Helmut Holter**

Offene Grenzen für Menschen in Not. Alle Informationen und Hilfe zum Thema Flucht und Asyl im Internet unter www.m-v-hilft.de oder bei facebook unter m-v hilft.

# Fragen und Antworten zum Thema Flüchtlinge

**Wieso kommen gerade jetzt so viele Menschen aus Syrien oder Afghanistan?**

Ein kompliziertes Thema. Viele Syrer etwa sind schon länger unterwegs und machen sich erst jetzt auf den Weg nach Europa. Erst bewegten sie sich im Land selbst, später gingen viele in die Türkei, wo es für sie aber auch keinen Frieden gab. Am wenigsten übrigens für Kurden und alle, die nach Ankaras Meinung nicht gegen die «Richtigen» kämpften, sie haben es besonders schwer. Es wird jetzt immer deutlicher, dass Frieden nicht in Sicht ist. Da ist es die beste der schlechten Möglichkeiten, die gefährliche Überfahrt zu wagen – und sei es mit der ganzen Familie. Dass in Mitteleuropa jetzt so viele ankommen, hat auch damit zu tun, dass Staaten wie Italien oder Griechenland, die nach den geltenden EU-Bestimmungen für die Ankommenden zuständig werden, überfordert sind und die Flüchtlinge weiterreisen lassen.

**Warum kommen weiterhin so viele aus den Balkanstaaten?**

Diese Flüchtlinge aus dem zerschlagenen Jugoslawien stammen oft aus den kaum lebensfähigen Zwergstaaten Bosnien, Kosovo und Mazedonien. Dort zeigt sich jetzt: Es gibt keine Perspektive. Vor allem die Jungen machen sich also auf den Weg, wobei sie wenig zu verlieren haben. Das Risiko einer Seepassage gibt es nicht. Im schlimmsten Fall werden sie zurücktransportiert.

**Ist es nicht merkwürdig, dass das immer junge und kräftige Männer sind?**

Dazu gibt es nur Erfahrungswerte. Angenommen, es sei so, gibt es dafür einen simplen Grund: Sie sind den Strapazen am ehesten gewachsen. Sie riskieren die Entbehrungen und die lebensgefährliche Überfahrt, um später Angehörige nachzuholen. Zudem «schicken» Großfamilien aus dem subsaharischen Afrika junge, starke Männer, damit sie Geld nach Hause schicken. Erfolg spricht sich dabei herum, Scheitern nicht. Diese Finanztransfers übersteigen in über einem Dutzend Staaten die volkswirtschaftlichen Exporterlöse. Ob der Eindruck aber generell stimmt, dass die meisten Flüchtlinge junge Männer seien, ist nicht sicher. Aus Syrien zumindest kommen derzeit vor allem ganze Familien.

**Warum haben viele Flüchtlinge Geld?**

Es ist nicht genau bekannt, wie sich die Flüchtlinge sozial zusammensetzen. Unter ihnen sind Chemiestudentinnen, Betriebswirte, Informatiker, aber auch Gemüsehändler und Ungelernte. Selbst wenn es überproportional Akademiker wären, die in ihren Ländern zur Mittelschicht gehören, was will dieser Hinweis sagen? Ohne soziologische Studien angestellt zu haben: Sicher sind unter den Flüchtlingen aus Syrien oder Afghanistan vor allem jene, die genug Geld haben oder sich genug Geld leihen konnten, um Fahrkarten zu kaufen, Schleuser zu bezahlen und Beamte zu bestechen. Aber dies hat einen einzigen Grund: Es gibt keinen legalen Weg ins sichere Europa. Die Aufnahmeprogramme des Bundes für insgesamt 20

000 syrische Flüchtlinge reichten nicht aus.

**Warum haben die so teure Smartphones?**

Warum sollten sie keine haben? Zudem sind diese oft gar nicht so modern. In Afrika etwa boomt der Markt für Mobiltelefone, doch die Geräte sind nur optisch auf dem Stand der europäischen. Sie haben weniger Leistung und keine oder schlechte Kameras. Im Nahen Osten kursieren massenhaft gebrauchte Geräte. Dass die meisten Flüchtlinge Handys besitzen, liegt an deren unschätzbarem Wert auf ihrem Weg. Mit Handys können sie mit ihren Familien Kontakt halten, sich untereinander oder mit Fluchthelfern und Schleusern koordinieren. Über Ortungsfunktionen kann etwa überprüft werden, ob man am ausgemachten Ort abgesetzt wurde. Forscher betonen auch, dass die Geräte im Notfall verkauft werden und so als Notreserve dienen können.

**Warum müssen Flüchtlinge aus Bürgerkriegsländern, die nicht abgeschoben werden, so lange warten, bis sie registriert und untergebracht werden?**

Weil die Behörden überfordert sind. Es wurde sehr langsam auf die Lage reagiert. Erst jetzt werden neue Stellen beim Migrationsamt geschaffen. Oft sollen Mitarbeiter der Arbeitsagenturen oder Bürgerämter einspringen. Die müssen sich erst einarbeiten.

**Wie lange bleiben die Flüchtlinge?**

Darauf ist schwerlich eine pauschale Antwort zu geben. Sie bleiben, solange sie nicht zurückkönnen oder wollen. Der Krieg in Syrien dauert vier Jahre, in Afghanistan herrscht nach bald 15 Jahren keine Sicherheit. Viele von ihnen werden deshalb lange bleiben – und wenn sie hier Fuß fassen, vielleicht auch für immer.

**Können wir wirklich alle aufnehmen?**

Das verlangt niemand von Deutschland. In viel kleineren viel ärmeren Staaten wie Jordanien oder Libanon leben seit Jahren Hunderttausende Flüchtlinge aus den Nachbarstaaten. Allein Libanon etwa hatte Ende 2014 800 000 Syrer aufgenommen – bei nur 4,5 Millionen eigenen Einwohnern. Laut UNHCR sind weltweit 60 Millionen Menschen auf der Flucht, neun von zehn leben in Entwicklungsländern. Es stimmt: Auch andere EU-Länder müssten mehr tun. Allerdings sprach Deutschland nicht von «gerechter Lastenverteilung», solange die Flüchtlinge hauptsächlich in Griechenland oder Italien strandeten. Und nur weil andere sich verweigern, können wir nicht aufhören, Menschen zu helfen.

**Soll ausgerechnet unser Asylrecht die Probleme der ganzen Welt lösen?**

Das kann es sicher nicht. Unsere Politik sollte aber auch nicht zu diesen Problemen beitragen. Natürlich sind die Industriestaaten nicht allein verantwortlich für Misswirtschaft, Despotie und Bürgerkriege. Sie sind aber auch nicht unbeteiligt. Über viele Jahre haben europäische Staaten autoritäre Regime gestützt. Die Kriege, die die USA mit ihren Verbündeten etwa in Irak oder in Afghanistan geführt haben, lösten neue Fluchtbewegungen aus. Europa hat den NATO-Staat Türkei nicht gehindert, den IS aufzurüsten. Deutschland hat Waffen in diese Region exportiert.

**Bekommen jetzt Flüchtlinge das Geld, das etwa für Schwimmhallen fehlt?**

Es ist in der Tat ein Skandal, dass im reichen Deutschland Schwimmhallen schließen oder horrenden Eintritt verlangen. Aber das Geld fehlt ja nicht erst, seit Menschen aus Syrien ankommen, sondern schon seit vielen Jahren. Weil auf Steuereinnahmen verzichtet wird, weil Umverteilung verweigert wird, weil es keine Vermögenssteuer gibt, weil Beamte nicht in die Sozialkassen zahlen. Es gäbe viele Möglichkeiten, die Haushalte zu füllen. Dann reichte es auch noch für Fahrradwege und Bibliotheken.

**Was kostet das alles eigentlich?**

Bis zu sechs Milliarden Euro will der Bund für Unterbringung, Sozialleistungen und Deutschkurse bereitstellen. Die Summe ist abhängig davon, wie viele Asylbewerber anerkannt werden, wie umfangreich Bleibende vermittelt werden können und wie viele Familien nachkommen.

Woher soll das Geld kommen? Bundesfinanzminister Wolfgang Schäuble (CDU) hat gesagt, am Geld werde diese Herausforderung nicht scheitern. Darüber kann man sich wundern, immerhin scheitert sonst vieles am Geld. Fakt ist, dass Bund, Länder, Kommunen und Sozialversicherungen im ersten Halbjahr 2015 rund 21 Milliarden Euro Überschuss erzielt haben. Selbst wenn Einschränkungen nötig wären: Wollen Sie diese Menschen wirklich im Mittelmeer oder im Bürgerkrieg sterben lassen? Es ist menschlich geboten, Bürgerkriegsflüchtlinge aufzunehmen. Da kann man nicht irgendwann Stopp rufen. Sonst knickte man vor Kaltherzigen und Rassisten in diesem Land ein. Es gibt einen Witz, der die Situation recht treffend beschreibt: Ein Banker, ein Normalbürger und ein Flüchtling sitzen zusammen am Tisch. In der Mitte liegen zwölf Kekse. Der Banker nimmt sich elf davon und sagt zum Normalbürger: «Pass bloß gut auf, der Flüchtling schielt auf deinen Keks!

**Warum können die vielen offenen Stellen etwa im Pflegebereich nicht mit Flüchtlingen besetzt werden?**

Man muss unterscheiden zwischen Asylbewerbern und Bürgerkriegsflüchtlingen. Asylbewerber und Geduldete dürfen erst nach drei Monaten arbeiten. Haben sie einen Job in Aussicht, wird geprüft, ob es keine geeigneten deutschen oder EU-Bewerber gibt. Flüchtlinge mit humanitärem Flüchtlingsstatus wie etwa aus Syrien erhalten sofort eine Aufenthaltserlaubnis für zwei Jahre. Für sie gilt kein Arbeitsverbot. Dennoch haben sie es schwer, etwas zu finden. Das liegt an fehlenden Sprachkenntnissen, aber auch an der Nichtanerkennung ihrer Qualifikationen. Menschen in Not können kaum die Fehler unseres Sozialsystems ausbügeln – gegen vernünftige Ausbildungsplätze ist aber nichts einzuwenden.

**Kann Migration unsere demografischen Probleme lösen?**

Viele sagen das. Der Vize-Hauptgeschäftsführer des DIHK, Achim Derks, hält etwa Anti-Asyl-Demonstranten entgegen: »Wer heute gegen Zuwanderung demonstriert, gefährdet seine eigene Rente.« Das Problem an diesem Argument ist, dass es Menschen nach ihrem Nutzen betrachtet. Zudem ist die Demografiedebatte zu einem guten Teil nur Panikmache. Das Verhältnis zwischen Alten und Jungen ist nur ein Teil der Geschichte. Wenn z. B. die Produktivität steigt, dann können auch weniger mehr Menschen versorgen. Relevant ist die Relation zwischen gesellschaftlichem Reichtum und zu finanzierenden sozialen Ausgaben. Klar ist: In Deutschland wird genügend Reichtum erwirtschaftet, um ein sorgenfreies Leben für Alte wie Junge zu ermöglichen.

**Wir brauchen also Zuwanderung, auch um dem Fachkräftemangel zu begegnen?**

Der »Fachkräftemangel« ist hausgemacht: Um 2000 drückte man sich, auch über den Bedarf hinaus auszubilden. Fünf Millionen Arbeitslose und Unterbeschäftigte stehen daher den freien Stellen gegenüber. Jetzt ruft man nach anderswo ausgebildeter Arbeitskraft und will Löhne drücken: Die Forderung, den Arbeitsmarkt für Flüchtlinge rasch zu öffnen, wird oft von derjenigen nach neuen Niedriglohngruppen begleitet, etwa bei den Metallarbeitgebern. Es gilt darauf zu achten, dass ein solches Ausspielen von Menschen nicht gelingt: durch eine Stärkung des Tarifsystems.

**Sind die Schulen auf so viele Flüchtlingskinder ohne oder mit geringen Deutschkenntnissen vorbereitet?**

Die Kinder besuchen zuerst altersgemischte Sprachlernklassen, nach drei bis sechs Monaten sollen sie dann in reguläre Klassen verteilt werden. Die Länder verzichten wie Rheinland-Pfalz auf den geplanten Abbau von Lehrerstellen oder stellen wie Berlin Quereinsteiger ein. Absehbar sind es jedoch zu wenig für bis zu 400 000 Kinder, die allein in diesem Jahr mehr die Schulen besuchen. Zudem fehlen Sozialarbeiter und Psychologen. Die GEW fordert deshalb 10 000 neue Lehrer.

(Auswahl aus dem Artikel „25 Fragen“ von Ines Wallrodt, Klaus Joachim Herrmann und Velten Schäfer, Neues Deutschland,12.09.2015)

# Bericht aus dem Rathaus

*von Henning Foerster*

## Herausforderung Flüchtlingssituation

Auch in Schwerin und Umland verbinden sich mit der Bewältigung der aktuellen Flüchtlingssituation besondere Herausforderungen. Deshalb hatten die Fraktionen der Stadtvertretung Angelika Gramkow gebeten, zu Beginn der Stadtvertretersitzung umfassend zu berichten. Dem kam die Oberbürgermeisterin nach. Aktuellen Prognosen zufolge geht die Landeshauptstadt derzeit davon aus, in diesem Jahr 468 Flüchtlinge zugewiesen zu bekommen. Diese sollen auch weiterhin dezentral in Wohnungen untergebracht werden. Aktuell hält die Stadt 97 Wohnungen mit einer Kapazität von ca. 400 Plätzen vor, von denen 328 tatsächlich belegt sind. Diese befinden sich in den Stadtteilen Krebsförden, Großer Dreesch, Mueßer Holz und Lankow. Zudem leistet die Stadt Amtshilfe für das Land. Da die Erstaufnahmeeinrichtungen in Horst und Stern Buchholz überfüllt sind, wurden in einem leer stehenden Schulgebäude in Lankow und in einem Internatsgebäude in der Hagenower Straße insgesamt mehr als 200 Plätze als Notunterkunft eingerichtet. In beiden sollen sich ankommende Flüchtlinge möglichst nur kurz aufhalten. Um die Öffentlichkeit umfassend zu unterrichten, Ängste abzubauen und Gerüchten zu begegnen, wurden in Lankow und auf dem Großen Dreesch bereits Bürgerversammlungen durchgeführt. Zudem hat sich auch in Schwerin eine Initiative Flüchtlingshilfe gegründet, die bereits mehr als 200 Menschen zusammenführt, die auf unterschiedlichste Art Hilfe anbieten. Diesen ehrenamtlichen Helfern dankte die Oberbürgermeisterin. Sie verschwieg jedoch nicht, dass in den kommenden Wochen weitere Herausforderungen gemeistert werden müssen. So geht es unter anderem darum, ausreichende Kapazitäten in den Kindertagesstätten und an den Schulen zu schaffen, um sowohl für die deutschen, wie auch für die Flüchtlingskinder eine gute Betreuung sicherzustellen.

## Schwimmhalle Lankow

Noch einmal befasste sich die Stadtvertretung mit der Schwimmhalle Lankow. Mit dem Abriss des Gebäudes, für das die Stadt keine Verwendung mehr hat, war bereits begonnen worden, bevor ein Streit um die Denkmaleigenschaft zur vorläufigen Einstellung der Baumaßnahmen führte. Fraktionsvize Gerd Böttger erinnerte noch einmal an den langen Diskussionsprozess, der auf das Bürgerbegehren zum Erhalt der beiden alten Schwimmhallen folgte. Dieser hatte nach Abwägung aller pro und contra Argumente zur Entscheidung für den Neubau einer Halle mit größerer Wasserfläche und gegen die Sanierung der alten Halle geführt. Damit sollten langfristig auch Betriebskosten eingespart werden. Es sei verständlich, dass der Abriss der Lankower Halle auch schmerzhaft sei. Dennoch müsse man jetzt den Blick nach vorn richten. Die Fläche eignet sich nach Einschätzung der Verwaltung vor allem für Wohnbebauung. Möglich wären jedoch auch auch Betreuungs- und Pflegeeinrichtungen mit maximal 3 Geschossen.

## Schwerin braucht eine Schuldner- und Verbraucherinsolvenzberatung

Menschen, die sich aus welchem Grund auch immer mit Schulden herumquälen müssen, benötigen den Zugang zu diesem kostenlosen Hilfsangebot. Jeder fünfte Haushalt in Schwerin gilt als überschuldet, zudem ist Verschuldung mittlerweile ein wesentliches Hemmnis für die Integration in Arbeit. Bislang gibt es Angebote von drei Trägern, die sich vorstellen können, die Beratungsstelle 2016 weiter zu betreiben. Deren Angebote werden jetzt verwaltungsseitig geprüft. Unterschrieben, wie von der SPD behauptet, ist aber noch gar nichts. Daher hat DIE LINKE gemeinsam mit den Grünen einen Antrag eingebracht, der die Verwaltung auffordert, dafür Sorge zu tragen, dass auch über das Jahresende hinaus eine Beratungsstelle existiert. Fraktionschef Henning Foerster warb dabei für ein zügiges Verfahren. Denn je eher eine Entscheidung fällt, desto eher können vom alten oder neuen Träger auch die entsprechenden Arbeits- und Mietverträge geschlossen werden.

## Solidarität mit den Streikenden bei Sky Deutschland




Mehr als 12.000 sozialversicherungspflichtige Beschäftigte arbeiten in den vielen Servicecentern des Landes, die meisten davon in Rostock und in Schwerin. Ohne Zweifel sind diese Betriebe also wichtige Arbeitgeber und das trifft selbstverständlich auch auf das Servicecenter von Sky Deutschland in Krebsförden zu. Die inzwischen mehr als 700 Kolleginnen und Kollegen dort leisten eine anspruchsvolle, oft unterschätzte Arbeit und das an 365 Tagen rund um die Uhr. Sie sind nicht die Rebellen im Nordosten, sondern wollen über tarifliche Regelungen letztlich einfach ein Stück mehr Sicherheit für sich und ihre Familien erreichen, machte Fraktionschef Henning Foerster in der Debatte deutlich. Zwar hat die Kommunalpolitik keinen direkten Einfluss darauf, wie die Geschäftsführung eines Privatunternehmens agiert, allerdings sei die gewählte Stadtvertretung auch oberstes Willensbekundungsorgan der Stadt. Erst recht in dem Wissen, dass in dieser Stadt immer noch viel zu viele Menschen ihren Lohn durch soziale Transferleistungen aufstocken lassen müssen, ergänzte Fraktionsvize Gerd Böttger.

## Verzicht auf Neubau der Brücke Stadionstraße

Ein letztes Mal war der Verzicht auf den Neubau der Brücke Stadionstraße Thema in der Stadtvertretung. Fraktionsvize Gerd Böttger verdeutlichte in der Debatte die Ausgangslage und die für alle überraschende Entwicklung und Akzeptanz der jetzigen Ampellösung. Zwar sei die Feststellung, dass eine Brücke zum Beispiel aus Gründen der Verkehrssicherheit immer noch die optimale Variante darstellen würde, richtig, allerdings habe sich die aktuelle Lösung als praktikabel erwiesen. Mit Blick auf die finanzielle Lage der Stadt und die abgeschlossene Konsolidierungsvereinbarung, sei ein Verzicht auf den Neubau der Brücke deshalb vertretbar.

## Bahnanbindung für Schwerin soll sich langfristig verbessern

Eine Anfrage der LINKEN zur Offensive für die Stärkung des Fernverkehrs der DB AG ergab, dass die Schienenverkehrsanbindung der Region Westmecklenburg perspektivisch unter anderem durch die Verdichtung der ICE Linie Berlin – Ludwigslust – Hamburg auf einen Ein-Stunden-Takt und die stärkere Integration der Landeshauptstadt Schwerin in das IC – Netz verbessert werden soll. Dazu ist unter anderem die Verdichtung der Linie Hamburg – Rostock über Schwerin und die Einrichtung einer dauerhaften Verbindung Schwerin – Magdeburg – Leipzig geplant. Allerdings sind diese Pläne langfristig angelegt und zielen nach Auskunft der DB AG auf die 2020-iger Jahre.

# Bericht aus dem Rathaus

*von Henning Foerster*

## Sicherheit an den Schweriner Badestränden

Dass es immer tragisch ist, wenn Menschen durch Unfälle aus dem Leben gerissen werden, insbesondere dann, wenn es sich dabei um Kinder handelt, machte Fraktionschef Henning Foerster zu Beginn der Debatte deutlich. Deshalb will die LINKE die jetzige Praxis der Absicherung der sechs nach Badegewässerlandesverordnung im Stadtgebiet befindlichen, offiziellen Badestellen in Zippendorf, Kalkwerder, Kaspelwerder, am Nord- und Südufer des Lankower Sees sowie am Reppin auf den Prüfstand stellen. Neben der Frage, ob weiterhin nur drei oder künftig alle sechs Badestellen durch Rettungsschwimmer überwacht werden sollen, geht es unter anderem auch darum, die Untergrundbeschaffenheit an den Badestellen zu überprüfen, die Beschilderung mehrsprachig zu gestalten oder die Nachwuchsgewinnung bei den Rettungsschwimmern zu unterstützen. Zudem muss entschieden werden, wer künftig die Überwachung der Badestellen verantwortet, da der Vertrag mit dem jetzigen Träger gekündigt wurde. Der Antrag wird in den kommenden Wochen in den Fachausschüssen beraten.

Die Genossinnen und Genossen
des Ortsverbandes Nord / Lankow, Friedrichsthal und Warnitz trauern um Genossen

**Dieter Mösch**,

der am 19. September im Alter von 85 Jahren verstarb.
Wir werden unseren Genossen Mösch in guter Erinnerung behalten.

## Arbeitskreise der Fraktion wieder vor Ort

Auch im September widmeten sich die Arbeitskreise Wirtschaft und Soziales der Fraktion wieder aktuellen Themen. Arbeitskreisleiter Peter Brill und seine KollegInnen informierten sich diesmal über die Arbeit der Straßensozialarbeiter in Schwerin. Arbeitskreisleiter Stefan Schmidt und seine KollegInnen diskutierten mit der Werksleitung der SDS über das Für und Wider des Anschlusses der Kleingärten an die Abfallentsorgung der Landeshauptstadt.

## Abholung von Mülltonnen in Friedrichsthal

Die Untersagung von Rückwärtsfahrten der Müllfahrzeuge im Gärtnereiweg sorgt weiterhin für Ärger. In der Konsequenz müssen die betroffenen Einwohner ihre Tonnen nun zu einem Sammelplatz transportieren, der zwar vorgesehen, aber auf die jetzige Beanspruchung nicht ausgerichtet ist. Peter Brill, Aufsichtsratsvorsitzender der SAS verschloss sich der Diskussion nicht. Er machte jedoch auf satzungsrechtliche Probleme, drohende Ordnungsstrafen bei Umgehung Rückwärtsfahrverbotes und die jetzt schon existente Möglichkeit, den kostenpflichtigen Trudelservice für die Mülltonnen zu nutzen, aufmerksam. Die Fachausschussberatungen werden nun zeigen müssen, ob eine Lösung gefunden werden kann.

## Kompromiss für Buslinienführung Gartenstadt

Nachdem zwischenzeitlich die von der LINKEN initiierte Anhörung zur Buslinienführung in der Gartenstadt stattgefunden hat, deutet sich die Chance auf einen Kompromiss an. Der Nahverkehr Schwerin hat signalisiert, dass zunächst im Rahmen einer Testphase die Halbierung der Fahrten in der Haselholzstraße erreicht werden könnte. Jede zweite Fahrt würde demnach durch die Hagenower Straße geführt werden. Bleibt zu hoffen, dass neben der LINKEN auch weitere Fraktionen dieser Idee eine Chance geben.

# Fluchtursachen

In Anbetracht der über 25000 toten Flüchtlingen in den letzten 20 Jahren und schon fast 3000 in diesem, muss uns die Frage umtreiben: Wer schafft solche totbringenden Verhältnisse, wer hat diese Verbrechen gegen die Menschlichkeit zu verantworten? Wer ruiniert und kriminalisiert u.a. die Fischer der afrikanischen Küsten? Sind es nicht die europäischen Konzerne, die ohne Skrupel die Naturreichtümer der Einheimischen zu Grunde richten und so den Fischern die Lebensgrundlagen nehmen? Dadurch werden Flüchtlinge, Schlepper und Piraten produziert, wie es vor kurzem sehr einleuchtend die Heute-Show zeigte. Wie sich die Bilder gleichen. Uns ist aus der eigenen Geschichte bekannt, wie beispielsweise deutsche Kolonialherren Land und Vieh den Hereros raubten und sie in die Wüste zwangen. 70000 Tote - ein Völkermord? Heute sind ca. 60 Mill. Menschen weltweit auf der Flucht, weil ihnen im neokolonialistischer Herrschaftsstil und einem erbarmungslosen kalten und heißen Krieg um Profitmaximierung die Existenzmöglichkeiten genommen werden. Die Flucht ist gegenwärtig der einzige Ausweg in Hoffnung auf Sicherheit. Doch wer nur hilft und nicht die wirklichen Fluchtursachen bekämpft, sondern sich vor den Profitkarren des imperialen Großkapitals spannen lässt, wird mit Recht der Heuchelei verdächtigt. Die nachhaltige Entlarvung der Verursacher des massenhaften Verbrechens, der organisierte Widerstand und die internationale Solidarität sind die strategische Herausforderung der antikapitalistischen und antiimperialistischen Kräfte. Denn eine bessere Welt ist möglich. Deshalb muss der Imperialismus und Neokolonialismus, der besonders in Afrika und dem Nahen Osten zum Ausdruck kommt, als eine wesentliche Fluchtursache herausgestellt werden. Denn die Betroffenen fliehen vor Krieg und Unterdrückung, vor Terror, Mord, Folter und Verfolgung. Die andere entscheidende Ursache ist der globalisierte Kapitalismus mit seinem fast perfektem Markt. Dieser stärkt die kräftigen Staaten und schwächt die schwachen. Er zeigt aber auch deutlich an, dass die Arbeitskräfte großer Teile Afrikas und Asiens für nordamerikanische und europäische Konzerne nicht ausreichend verwertbar sind. Sie ruinieren dort Länder, entziehen den Menschen ihre Lebensgrundlagen und provozieren so ihre Flucht. Sicherlich stehen wir in Europa erst am Anfang eines gesellschaftlich tiefgreifenden Flüchtlingstromes. Nicht durch ein Gegeneinander und die Befolgung des Instrumentes der Mächtigen Teile und Herrsche, sondern durch ein solidarisches Miteinander von Einheimischen und Flüchtlingen werden sich gewiss mehr und mehr Menschen in Europa fragen: Sind Aufnahme und Unterbringung von Flüchtlingen, was wir uns nicht leisten können oder sind
es Kapitalismus und Imperialismus?!

**Karl Scheffsky**

# Weltfriedenstag: Für eine friedliche, demokratische Welt ohne Waffen









Der Weltfriedenstag mahnt auch 76 Jahre nach der Entfesselung des Zweiten Weltkrieges, dass Kriege Zerstörung, Leid, Tod und Vertreibung über die Menschen bringen. Kriege müssen als Mittel der Politik endlich so umfassend geächtet werden, damit sie tatsächlich der Vergangenheit angehören. Es muss Schluss sein mit dem Export jeglicher Art von Kriegsgerät. Wer Waffen verkauft, ist mitverantwortlich für Krieg und Gewalt. Abrüstung und das Verbot von Rüstungsexporten weltweit sind das Gebot der Stunde. Nicht Waffen oder die Abschottung der nationalen Grenzen helfen den Menschen in den Kriegs- und Krisengebieten der Welt. Deutschland muss stattdessen seine humanitären Hilfeleistungen spürbar erhöhen. Dazu gehört auch die Schaffung eines sicheren und legalen Zugangs für Flüchtlinge nach Europa. Millionen Menschen sind auch heute weltweit auf der Flucht vor Krieg, Terror und Gewalt. Sie suchen auch bei uns Zuflucht und stoßen leider allzuoft auf Hass und sind Übergriffen ausgesetzt. Das dürfen wir nicht zulassen. Alle Demokratinnen und Demokraten sind aufgerufen, alles Erforderliche zu tun, damit der innergesellschaftliche Frieden nicht länger durch rechtsextremes, menschenverachtendes Denken und Handeln gefährdet wird. Die schutzsuchenden Menschen brauchen unsere Hilfe und Unterstützung.

## Herzlichen Glückwunsch

*Genossin Adolfine Bergmann erhält nachträglich die herzlichsten Glückwünsche zum 89. Geburtstag von ihren Genossinnen und Genossen, verbunden mit den besten Wünschen für Gesundheit und Wohlergehen. Die Genossinnen und Genossen des Ortsverbandes SÜD gratulieren recht herzlich ihrem Genossen Fred Nitzke am 01. Oktober nachträglich zum 91. Geburtstag. Geburtstagsglückwünsche erhalten auch Genosse Helmut Kranz (10.9) und Genossin Anita Freyer (23.9.) , Genossin Birgit Trübe (2.10.), Genosse Matthias Filter (6.10) und Genossin Ingrid Kratschke. Die Basisorganisation 321 gratuliert recht herzlich und wünscht alles Gute: am 5. Oktober Genossin Hilde Parchmann zum 91. Geburtstag, am 8. Oktober Genossen Heinz Norbert Senk zum 58. Geburtstag, am 12. Oktober Genossen Fred Lasinger zum 69. Geburtstag und am 28. Oktober Genossen Günter Rzehak zum 67. Geburtstag. Die Basisorganisation 605 gratuliert nachträglich der Genossin Inge Stannies zu ihrem 79., der Genossin Eva Schneider zu ihrem 88., der Genossin Edith Neumann zu ihrem 89., der Genossin Thea Hübner zu ihrem 87., der Genossin Christine Hinz zu ihrem 34., der Genossin Eva Hotzler zu ihrem 86., dem Genossen Fritz Stannies zu seinem 77., dem Genossen Falk Koop zu seinem 49. und dem Genossen Uwe Schierig zu seinem 54. Geburtstag. Am 27.09. beging die Genossin Angelika Gramkow ihren 57. Geburtstag. Die Basisorganisation 605 wünscht ihnen alles Gute, vor allem Gesundheit. Glückwünsche gehen an Gerhard Weißmann, der am 25.09.1932 geboren wurde und an Erwin Brückmann zum 90ten Geburtstag.*




Am 10. Oktober wollen wir mit zehntausenden Menschen gegen die Freihandelsabkommen TTIP und CETA demonstrieren. Mehr als 2,5 Millionen Menschen haben sich bereits der Europäischen Bürgerinitiative gegen TTIP und CETA angeschlossen! Gemeinsam können wir genügend Druck machen und diesen Angriff auf die Demokratie verhindern.
Für die Anreise gibt es fünf Sonderzüge sowie Busse aus dem gesamten Bundesgebiet. Gern kannst du mit anderen Gruppen oder Initiativen einen eigenen Bus nach Berlin organisieren, ob im Rahmen eines lokalen TTIP-Bündnisses oder als Kreisverband der LINKEN. Bitte teile uns umgehend mit, sobald du einen Bus organisierst. Kontakt: ttip@die-linke.de
Informationen zu den Sonderzügen unter www.ttip-demo.de/anreise/sonderzuege.
Informationen zu den Bussen unter www.ttip-demo.de/.../mitfahrboerse.
DIE LINKE wird mit einem eigenem Lautsprecherwagen und Demoblock teilnehmen. Am Auftaktort Washingtonplatz wird es einen Sammelpunkt für alle LINKE-Mitglieder geben, dieser ist ab 11.00 Uhr besetzt. Am Sammelpunkt wird es Schilder, Fahnen und Transparente in begrenzter Stückzahl geben. Bitte bringt eure eigenen LINKE-Fahnen und Transparente mit.
Auftaktkundgebung: 12.00 Uhr, Berlin-Hauptbahnhof – Washingtonplatz.
Abschlusskundgebung im Anschluss an die Demonstration auf der Straße des 17. Juni. Dort wird es unter anderem einen großen LINKE-Pavillon geben.

# ROSA LUXEMBURG STIFTUNG

Auch in diesem Jahr beteiligt sich die Rosa-Luxemburg-Stiftung Mecklenburg-Vorpommern an den Schweriner Literaturtagen vom 29. September bis 15. November 2015.
Am Mittwoch, den 04.11., um 19 Uhr begrüßen wir Elmar Altvater im Schleswig-Holstein-Haus zu einem Gespräch über die „Vermessung der Welt“, über Mythen des Kapitalismus und über die kommende Gesellschaft.
Der autoritäre Staatssozialismus sowjetischer Prägung ist gründlich gescheitert. Wie aber sieht es mit der Überlebensfähigkeit des Kapitalismus aus? Der Klimawandel, die Massenarmut in weiten Teilen der Welt, Arbeitslosigkeit, Sozialabbau und Verelendung auch in Europa, neoimperiale Kriege und Konflikte um Rohstoffquellen und Einflusszonen – das vom „freien Markt“ produzierte Elend und seine Begleiterscheinungen verlangen nach einer grundlegenden Alternative.
Doch ist eine Gesellschaft jenseits des Kapitalismus überhaupt noch vorstellbar? Altvater liefert eine radikal-kritische Analyse der Gegenwart und versucht, eine utopische Gesellschaft zu skizzieren, die auf einem neuen Energiemodell, einer solidarischen Ökonomie und direkter Demokratie basiert – und die auf Vernunft gegründet ist.
Elmar Altvater, Jg. 1938, emeritierter Prof. für Politikwissenschaften, war u.a. Mitglied der Enquete-Kommission „Globalisierung der Weltwirtschaft“ des Dt. Bundestages.
Das gesamte Programm der 20. Schweriner Literaturtage finden Sie unter:
http://www.schwerin.com/export/sites/schwerin/de/downloads/Literaturtage_2015_Programm.pdf

Nicht im Programm der Literaturtage, aber nicht minder spannend dürfte sich eine Buchlesung mit Landolf Scherzer am Montag, den 09.11., um 19 Uhr, ebenfalls im Schleswig-Holstein-Haus Schwerin, gestalten. Unter dem Titel „Der Rote. Macht und Ohnmacht des Regierens“ berichtet Scherzer über die ersten 100 Tage von Bodo Ramelow als Ministerpräsident des Freistaates Thüringen.
„Landolf Scherzer, 1941 in Dresden geboren, lebt als freier Schriftsteller in Thüringen. Er wurde durch Reportagen wie „Der Erste“, „Der Zweite“ und „Der Letzte“ bekannt. Nach „Der Grenzgänger“ und „Immer geradeaus. Zu Fuß durch Europas Osten“ erschienen zuletzt vielbeachtete Reportagen über China „Madame Zhou und der Fahrradfriseur“ und über die aktuelle Situation in Griechenland „Stürzt die Götter vom Olymp“. Im Herbst 2015 erscheint „Der Rote. Macht und Ohnmacht des Regierens.“ (Quelle: Aufbau Verlag) Das Buch soll ab 12. Oktober beim Aufbau Verlag verfügbar sein.
Zum wiederholten Mal unterstützt die RLS M-V den Literaturstammtisch von Liane Römer. Am 23. November ab 19 Uhr hat sie im Schleswig-Holstein-Haus den Lektor und Verleger Elmar Faber zu Gast, der von 1983 bis 1992 den Ostberliner Aufbau Verlag leitete.
Seien Sie herzlich willkommen!

**Jörg Böhm**

Impressum
„Offenes Blatt“ wird herausgegeben vom Kreisvorstand der Partei DIE LINKE. Schwerin.
Anschrift der Redaktion: Martinstraße 1/ 1A, 19053 Schwerin,
Tel.: 0385/ 7587454, E-Mail: info@die-linke-schwerin.de,
Internet: www.die-linke-schwerin.de
Die Redaktion behält es sich vor, Beiträge zu kürzen oder in einer späteren Ausgabe zu veröffentlichen.
V.i.S.d.P.: Peter Brill
nächste Ausgabe: 27.11.2015